



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/184 - 12.8.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 029 890

Besuch aus Ostberlin in Baden-Württemberg	S. 1
Statt der "Lira" der "Fiorino"? -Bericht aus Rom-	S. 3
Delegationen des Pankow-Regimes	S. 4

Bei uns zu Gast: Ostberliner Sozialdemokraten

"Tut mehr dafür, dass wir wieder zusammenkommen!"

Kj., Stuttgart

Eine Gruppe ostberliner Sozialdemokraten ist vierzehn Tage lang im Lande Baden-Württemberg zu Gast gewesen. Aus dem Urlaub, zu dem sie der Bezirksvorstand der SPD eingeladen hatte, wurde eine echte Ost-West-Begegnung, die weit über den Rahmen eines Treffens von Parteimitgliedern hinausging. DGB, Stadtverwaltungen, Industriewerke zeigten sich, mehr als es erwartet werden konnte, interessiert an diesem Besuch aus der deutschen Hauptstadt. Ein offizieller Empfang reihte sich an den anderen - bis hin zu dem, den der Vorsitzende der Schweizerischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Ringolf, in Schaffhausen gab, als die Delegation einen Abstecher über die südliche Landesgrenze hinaus machte.

Die ostberliner Sozialdemokraten spielten nicht die Rolle von Vernügnungsreisenden: sie sahen ihre Aufgabe darin, Kontakte zu finden und um Verständnis für die Bevölkerung von Mitteldeutschland zu werben. Sie wollten den Bundesbürgern klarmachen, dass es eine Wiedervereinigung Deutschlands sicherer und schneller dann geben wird, wenn die Deutschen nur eben selbst sich energischer dafür einsetzen und von ihrer Notwendigkeit überzeugt sind. Und darum sprachen sie nicht nur mit Politikern, Verwaltungsleuten und Industriellen, sondern vor allem auch mit der Mann auf der Straße.

Und da zeigte es sich: viele Baden-Württemberger haben nicht gewußt, dass die Insel Berlin einen hart umkämpften Ausläufer in der sowjetsektoralen SPD hat, kompensiert gegen die Zulassung der SED in Westberlin. Man kann das den Menschen, die vor dem "Vorhang" leben, nicht einmal verübeln. Hat doch die Partei, lizenziert-zwar von Pankow und den Russen, keine Möglichkeit, nach außen zu wirken. An den Versammlungen der Ost-SPD dürfen nur Parteimitglieder teilnehmen; jede Zusammenkunft ist genehmigungspflichtig; Referenten des westberliner Hauptvorstandes dürfen nicht sprechen; Publikationen dürfen nicht verbreitet werden. Drohungen, Bespitzelungen und Schikanen durch SED und Staatssicherheitsdienst machen die n o c h erlaubte Partei praktisch zu einer verbotenen und verfolgten. Es gehört Mut dazu, sehr viel Mut, sich in Ostberlin zur Sozialdemokratie zu bekennen! Aus den Berichten wurde das erschreckend deutlich.

Die Gäste haben keine "antisowjetische Propaganda" getrieben, wengleich man ihnen das jetzt gewiß gern in Ostberlin unterschieben wird. Sie zeichneten nur nüchtern und objektiv die Verhältnisse, in den sie zu Hause leben. Sie sprachen von der Sehnsucht der Mitteldeutschen nach Befreiung und Einheit - aber auch davon, dass diese Sehnsucht müde wird und hoffnungslos, wenn die Bundesrepublik nicht größere Anstrengungen macht, diese Einheit in Freiheit zu verwirklichen.

Sie sagten: "Wir freuen uns über euere Pakete - wichtiger aber wäre uns euer tägliches Bemühen um eine politische Lösung. Ohne Bohnenkaffee und ohne Motorroller kommen wir aus - nicht aber ohne die Freiheit. Tut mehr dafür, dass wir wieder zusammenkommen!"

Die Männer und Frauen, mit denen die Ostberliner gesprochen haben, zeigten sich tief beeindruckt. Und es mag ihnen ein Gefühl dafür gekommen sein, wie wenig letzten Endes doch von der Bundesregierung getan wird, um den Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang den Rücken zu stärken und ihnen die Gewissheit zu geben, dass ihr geduldiger und opfervoller Kampf nicht vergeblich ist.

* * *

Guldenwahrung in Italien?

PE - Rom, Mitte August

Die Gerichte verdichten sich, deren zufolge das römische Schatzministerium für die nächste Zeit eine einschneidende Währungsreform planen soll. Es handelt sich, wenn diese Gerichte zutreffen, um nichts Geringeres als um die Einführung einer neuen Währungseinheit, die an die Stelle der Lira treten soll. Man hat sich dem Vernehmen nach auch bereits für einen Namen entschlossen, der dieser neuen Einheit beigelegt werden soll: "Fiorino". Das ist das italienische Wort für "Gulden", so dass man von einem bevorstehenden Übergang Italiens zur Guldenwahrung sprechen darf. Dieser "Fiorino" soll zur Lira im Verhältnis von 1:100 stehen.

Wer eine der gegenwärtig umlaufenden Münzen zu 5 oder zu 10 Lire (die einzigen beiden praktisch in Verwendung stehenden Metallgeldsorten) näher in Augenschein nimmt, wird bemerken, dass diese Münzen zwar die Ziffern 5 oder 10 tragen, jedoch ohne das Wort "Lire". Dabei handelt es sich zweifellos nicht um ein Versehen, sondern um eine Absicht. Offenbar wollte man bereits zu dem Zeitpunkt, als die Entwürfe für diese Münzen in Auftrag gegeben wurden, die Möglichkeit offenlassen, eines Tages den Namen der Währungseinheit zu wechseln, ohne deswegen die Münzen wieder einziehen zu müssen. Diese 5 und 10 Lirestucke würden eben vom Augenblick der Währungsreform an zum "Kleingeld" der neuen Währung werden und demgemäß die Bezeichnung "Centesimi" oder wie immer man den Hunderstel-Gulden nennen wird, führen. Auch die Tatsache, dass bis heute noch keine 50 - und 100-Lirestucke ausgegeben worden sind, obwohl nach solchen dringende Nachfrage bestünde, erklärt sich unschwer aus der Absicht des Schatzministeriums, diese Münzen bereits als "Gulden" oder "Halbgulden" in Umlauf zu setzen.

Vor dem Ende der Nullen-Inflation

Mit der Einführung der neuen Währungseinheit würde schlagartig die verwirrende "Nullen-Inflation" beseitigt werden, die heute im italienischen Geldwesen herrscht und Italien erhielte nach langer Zeit wiederum eine Währung, deren Einheit in einem halbwegs übersichtlichen Verhältnis zu den führenden europäischen "Hartwahrungen" stünde. Tritt nämlich anstelle der Lira eine Einheit von hundertmal größerem Wert, so ergibt sich damit für den neuen "Fiorino" eine internationale Kursnotierung, die ungefähr zwei Dritteln der Deutschen Mark oder des Schweizerfranken entspricht.

Die ganze Operation würde keineswegs eine Abwertung darstellen und zielt auch nicht auf die Beseitigung irgendeines "Gelduberranges" ab. Es ist sogar ziemlich wahrscheinlich, dass man für eine gewisse Übergangszeit die neuen "Fiorino"-Noten neben den Lirescheinen wird umlaufen lassen, so lange, bis sich die neue Einheit als die praktisch bedeutend bequemere ganz von selbst durchgesetzt haben wird. Der ganze Vorgang wäre im wesentlichen mit dem seinerzeitigen Übergang von der Kronen- zur Schillingwahrung in Osterreich gleichzusetzen, bei dem allerdings das Umrechnungsverhaltnis nicht 1:100, sondern

gleich 1:10 000 betrug.

Wenn sich die italienische Regierung, wie es den Anschein hat, tatsächlich dazu entschlossen hat, die Lira, die von den Tagen des ersten Weltkrieges bis in die zweite Nachkriegszeit unausgesetzt an Wert verlor, jetzt endgültig aufzugeben und durch eine völlig neue Währung zu ersetzen, so darf man darin ein Zeichen dafür erblicken, dass man an maßgebender Stelle die Stabilität des Geldwerts für endgültig gesichert hält.

Psychologische Schwierigkeiten

Trotzdem dürfte es schwierig sein, die psychologischen Auswirkungen einer solchen Umstellung auf die italienische Bevölkerung und damit auf das nationale Lohn-Preisgefüge im voraus genau abzuschätzen. Der Durchschnitts-Italiener wird, wenn einmal die heute im Umlauf befindlichen Millionen- und Milliardenbeträge durch weit- aus bescheidener klingende Summen ersetzt sind, erst so richtig erkennen, wie niedrig sein durchschnittliches Einkommen in Wirklichkeit ist. Der Angestellte etwa, der heute am Monatsende seine 30- oder 40 000 Lire heimbringt, wähnt sich noch immer im Besitz von relativ viel Geld; erhält er statt dessen "nur" 300 oder 400 "Fiorini", so dürfte er sich plötzlich weit ärmer vorkommen als zuvor, obgleich sich in Wirklichkeit nichts geändert hat als ein Name. Die Gefahr liegt nahe, dass die Währungsreform aus psychologischen Gründen eine ganze Reihe von neuen Lohn- und Gehaltsforderungen auslösen könnte.

Es wird einer sehr umfangreichen, gut durchdachten und bis in die abgelegendsten Regionen durchdringenden Aufklärungspropaganda bedürfen, um zu verhindern, dass die Währungsumstellung in der zumeist finanztechnisch völlig unbewanderten Bevölkerung zu argen Mißverständnissen und Mißbräuchen, wenn nicht sogar zu einer sachlich durchaus unbegründeten Panik führt.

* * *

"Naive Vorstellung"

Als Gegenmaßnahme gegen kommunistische Infiltrationsversuche in den Betrieben ist kürzlich von einem Bonner Ministerialbeamten angeregt worden, Delegationen aus der sowjetisch besetzten Zone nach Westdeutschland einzuladen und "ihnen ein Bild westlicher Leistung und westlicher Freiheit" zu geben. In jüngster Zeit ist diese Taktik mehrfach empfohlen worden. Sie könnte sicher von Bedeutung sein, wenn es möglich wäre zu erreichen, dass sich die Delegationen aus allen Volksschichten der Ostzone zusammensetzten und nicht nur aus politischen Funktionären des Ostregimes. Gibt es aber diese Möglichkeit? Der Informationsdienst des DGB hat die Frage einem alten Gewerkschaftler aus dem Brandenburger Raum, der auch heute noch soziale Funktionen ausübt, zur Beantwortung vorgelegt. Hier seine Antwort:

"Eure Frage erscheint mir von hier aus gesehen reichlich naiv. Es besteht keine Möglichkeit, Delegationen aus der Ostzone nach Westdeutschland einzuladen, die aus der breiten Masse des Volkes gebildet worden sind. Wenn Ihr an Besuche Westdeutschlands in Form von Delegationen aus der Ostzone denkt, dann werdet Ihr immer nur Funktionäre des Ostregimes (und zwar des Regimes im strengen Sinne), die ihr Soll an Schulung erfüllt und die ihre Hörigkeit unter Beweis gestellt haben, nach Westdeutschland bekommen. Der Mann auf 3er Straße hätte hier bei uns gar nicht den Mut, von sich aus einer Einladung als Mitglied einer Delegation nach dem Westen zu folgen.

Bei uns ist es so, dass Delegationen aus dem Westen, wenn sie Betriebe besichtigen und sich mit den Arbeitern unterhalten wollen, sofort von Funktionären in Beschlag genommen werden. Diese lassen eine freie Aussprache mit den Besuchern des Westens einfach nicht zu. Wenn Euch das Gegenteil berichtet wird, so informiert man Euch bewusst falsch. Es ist mir, der ich ein Lebensalter in der Gewerkschaftsarbeit stehe, einfach unverständlich, wie ein hoher Beamter Westdeutschlands solch naiv Vorstellung haben kann, wie sie jüngst zum Ausdruck gebracht worden ist.

Wie übrigens hier "geschult" wird, davon macht Ihr Euch ohnehin keinen Begriff. Ich will Euch ein Beispiel nennen. Allwöchentlich an einem bestimmten Tag müssen die Angestellten der Staatlichen Handelsorganisation, der Konsumvereine, der Banken, der städtischen und der Kreisverwaltung unter verantwortlicher Führung ihrer Vorgesetzten von morgens 8 - 10 Uhr zur Schulung erscheinen. Die Geschäfte werden während dieser Zeit zugemacht. An den Türen ist zu lesen: "Wegen Schulung geschlossen". Die Themen der Schulung sind: Normenerfüllung, politische- und staatsbürgerliche Erziehung usw. Die Schulung selbst wird nur im kommunistischen Sinne betrieben. Keiner würde es wagen, ernsthafte Kritik an dem Regime zu üben."

Die genannte Stelle des DGB bemerkt dazu: "Trotz dieser Tatsachen werden nun selbst in der Bundesrepublik Vorschläge gemacht, der DGB müsse mit dem FDGB Kontakte aufnehmen. Das geschieht nicht von Gewerkschaften oder deren Mitgliedern, sondern meist von politischen Schwärmern. Es wäre indessen ein Verhängnis, die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung zu deren Tummelplatz zu machen."